

Triggerwarnung: Dieses Statement enthält Beschreibungen von antisemitischen Handlungen, polizeilicher Gewalt, und terroristischen Angriffen.

Am 22.05.2024 wurde unser Institut für Sozialwissenschaften von pro-palästinensischen Aktivist*innen der "Student Coalition Berlin" für 30 Stunden besetzt. Wie versprochen, wollen wir uns in diesem Statement dazu positionieren.

Wir wurden im Vorhinein weder über die Durchführung der Besetzung informiert noch waren wir als Fachschaftsrat an dieser beteiligt. Wir waren lediglich als Beobachter*innen anwesend.

Die Forderungen der Besetzung sind hier nachzulesen:

<https://docs.google.com/document/d/1DvkcmPCJQNiHtwNfbOkgLkZ0nOQLgc25Mxy9mMpDfAw/>

Wir als Fachschaftsrat halten (studentische) Besetzungen als Protestform prinzipiell für legitim. Innerhalb der Fachschaft sind sehr verschiedene Meinungen zum Nahostkonflikt vertreten, weswegen wir hier auch Widersprüche aushalten müssen, um für alle SoWi-Studierenden eine Anlaufstelle zu sein. Dieses Statement wird deswegen explizit nicht die genaue Position jeder einzelnen Person in der Fachschaft bzw. Studierendenschaft widerspiegeln und ist ein Produkt einer intensiven und auch schmerzhaften Auseinandersetzung mit der Thematik.

Dieses Statement hat nicht den Anspruch, den Konflikt in seiner gesamten Komplexität abzubilden, denn das wäre unmöglich.

Von diesem seit Jahrzehnten andauernden Konflikt sind Studierende vielfältig betroffen.

Wir als Fachschaft erkennen an, dass der Angriff der Hamas am 07. Oktober 2023 grausam war und durch nichts zu rechtfertigen ist. Zahlreiche unschuldige Menschen in Israel wurden von der juden_jüdinnenfeindlichen 1 Terrororganisation Hamas getötet, weitere wurden als Geiseln genommen und gefoltert. Viele von ihnen sind bis heute nicht befreit.

Wir als Fachschaft erkennen gleichermaßen an, dass der Mord an und die gewaltsame Vertreibung von palästinensischen Zivilist*innen unerträglich ist. Die israelische Armee und die rechtsextreme israelische Regierung gehen insbesondere seit dem 07.10. eindeutig weit über eine reine Verteidigung gegen die Hamas hinaus und attackieren u.a. Krankenhäuser, Universitäten und vor allem Zivilist*innen. Der Internationale Gerichtshof hat festgestellt, dass die "Handlungen und Unterlassungen Israels im Gazastreifen unter die Bestimmungen der Genozid-Konvention fallen [könnten]"².

Von alledem sind auch Studierende der HU und ihre Familien direkt betroffen. Wir als Fachschaft unterstützen einen Waffenstillstand. Das Beenden des Krieges in Palästina halten wir für eine wichtige Forderung.

Wir nutzen den Begriff Antisemitismus im Folgenden nicht als simples Totschlagargument gegen pro-palästinensischen Aktivismus, wie es in den letzten Monaten leider immer wieder vorgekommen ist. Eine Instrumentalisierung von Antisemitismus für antimuslimische und rassistische Zwecke, wie sie von rechten Akteur*innen regelmäßig versucht wird, lehnen wir ab. Eine Solidarisierung mit Palästina halten wir nicht für per se antisemitisch.

Während der Besetzung haben die Besetzenden unmissverständlich antisemitische Hetze betrieben. Es wurden beispielsweise vielfach umgekehrte rote Dreiecke im Institut gesprayt. Das umgekehrte

¹ Wir nutzen hier die Bezeichnung „Juden_Jüdinnen“ und beziehen uns hierbei auf die linke, jüdische und queer-feministische Gruppe Latkes*Berlin: <https://latkesberlin.wordpress.com/2020/10/24/juden-gendern/>

² The New York Times 2024; eigene Übersetzung

rote Dreieck wird von der Hamas genutzt, um ihre meistens jüdischen Feind*innen zu markieren und letztendlich zu ermorden³. Es wurden auch "al-Qassam" Graffiti mit Herzen gesprayed. Bei den Qassam-Brigaden handelt es sich um einen paramilitärischen Teil der Hamas, der am 7.10.2023 über 1.400 Menschen umgebracht und über 200 entführt hat⁴. Außerdem wurden auf der Besetzung direkte Vergleiche zwischen der Universitätsleitung und Hitler gezogen und die Shoah relativiert. Insbesondere solidarisieren wir uns mit Einzelpersonen, die von der Besetzung bedroht wurden. Das sind nur einige von vielen Beispielen. All das ist zweifellos antisemitisch und verachtenswert. Die Verteidigung, es gehe um Israel und nicht Juden_Jüdinnen, ändert nichts daran. Wir sehen, dass auch Juden_Jüdinnen sich weltweit für Palästina einsetzen und dass antisemitischer Hass nicht das Hauptziel der Besetzung war. Gleichzeitig weisen seit vielen Monaten Juden_Jüdinnen immer wieder auf antisemitische Inhalte innerhalb der pro-palästinensischen Bewegung hin. Ihre berechtigten Ängste wurden während der Besetzung erneut nicht ernst genommen.

All das hätte niemals passieren dürfen und darf auch nie wieder passieren. Der antisemitische Hass, den die Besetzenden verbreitet haben, ist unerträglich und durch nichts zu rechtfertigen. Dass die Humboldt Universität über 70 Jahre nach dem Ende der Shoah, deren Schauplatz sie selbst war, wieder ein Angstraum für Juden_Jüdinnen ist, die nichts für die Taten des israelischen Militärs können, ist unfassbar und entsetzlich. Wir wünschen uns eine umfangreiche Reflexion über Antisemitismus innerhalb der Student Coalition Berlin und die Übernahme von Verantwortung für die antisemitische Hetze, die im Rahmen der Besetzung verbreitet wurde.

Es muss unmissverständlich gesagt werden: Für Antisemitismus ist am Institut für Sozialwissenschaften kein Platz. Ein Einsatz für Palästina und eine konsequente Positionierung gegen Antisemitismus schließen einander nicht aus, im Gegenteil, sie müssen zusammengebracht werden.

Wir begrüßen, dass die Universitätsleitung zunächst den Dialog mit den Besetzenden gesucht hat und versucht hat, Repressionen für die Besetzenden zu vermeiden. Umso entsetzter sind wir vom Vorgehen des Senats und insbesondere des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner. Der Senat hat gegen den Wunsch der Vorsitzenden der Universität, die Räumung noch aufzuschieben, die sofortige polizeiliche Räumung der Besetzung angeordnet, während eine mögliche Wiederaufnahme des Dialogs zwischen der Universität und den Besetzenden noch im Raum stand.

Der Senat ist somit verantwortlich für die gewaltsame Eskalation des Konflikts und hat nicht nur einen Dialog verhindert, sondern auch gegen die akademische Unabhängigkeit der Universität, ein Grundprinzip demokratischer Gesellschaften, verstoßen. Mit dieser Entscheidung wurden Studierende und Mitarbeitende gefährdet – manche waren als Teil der Besetzung, manche als Teil der Diskussion und manche als Beobachter*innen dort; alle wurden entgegen dem spezifischen Wunsch der Universitätsleitung in Gefahr gebracht. Konkrete Absprachen, wie z.B. dass alle bei friedlichem Verlassen des Instituts ohne Personalienaufnahme gehen dürfen, wurden gebrochen.

Uns erreichen Berichte, dass Anwesende durch die Polizei teilweise sexualisierte Gewalt erfahren haben, Racial Profiling unterzogen wurden und lebensgefährlich verletzt wurden. Muslimisch gelesene Personen wurden durch die Polizei gezielt angegriffen, unabhängig davon, ob sie überhaupt Teil der Besetzung waren. Das gewaltsame und rassistische Vorgehen der Polizei ist durch nichts zu rechtfertigen. Unabhängig davon, was bei der Besetzung passiert ist: Polizeigewalt ist NIE vertretbar. Der Regierende Bürgermeister Kai Wegner führt seine aggressive und rassistische "Law and Order" Politik gnadenlos weiter und gefährdet damit Studierende. Die einzigen gerechtfertigten Rücktrittsforderungen können damit an Kai Wegner gestellt werden.

Der Dialog zwischen Studierenden und Universitätsleitung muss auch nach der Räumung weitergeführt werden. Dafür müssen sichere Räume insbesondere auch für jüdische und

³ Greve 2024

⁴ Al Jazeera 2023

palästinensische Studierende geschaffen werden, in denen sie frei von Zensur, aber auch frei von Antisemitismus sowie anti-palästinensischem Rassismus ihre Anliegen vortragen können. Zudem benötigt es ein Beratungs- und Unterstützungsangebot, welches über die Antisemitismusbeauftragte und die psychologische Beratung hinausgeht. Wir wünschen uns von Prof. von Blumenthal und dem gesamten Präsidium, dass solche Maßnahmen eingeleitet werden.

Wir heben positiv und dankend hervor, dass mehrere Professor*innen und Wissenschaftliche Mitarbeitende beim Eindringen der Polizei im Gebäude geblieben sind, um Studierende vor Gewalt zu schützen. Das erfordert sehr viel Zivilcourage und wir schätzen es hoch.

Im öffentlichen Diskurs wird insbesondere von rechten Akteur*innen vor dem Mantel der Sicherheit ein "hartes Durchgreifen" an der Universität gefordert. Dem müssen wir uns klar entgegenstellen. Denn es war vor allem ebenjenes "hartes Durchgreifen" durch den Senat und die Polizei, das die Sicherheit der Studierenden gefährdet hat.

Studentische Rechte sind in den letzten Jahren im besonderen Ausmaß unter Beschuss, u.a. durch die aktuell debattierte Änderung des Hochschulrechts. Dem stellen wir uns als Fachschaft ganz klar entgegen.

Wir in der Fachschaft nehmen die Besetzung als Anlass für einen ausführlichen internen Reflexionsprozess – wobei mit "intern" selbstverständlich alle SoWi Studierenden an der HU gemeint sind und herzlich eingeladen sind, an diesem Prozess teilzunehmen. Offensichtlich haben wir es versäumt, die Fachschaft als einen sicheren Ort, wo sich spezifisch palästinensische, jüdische und von Vertreibung und Krieg betroffene Studierende willkommen fühlen zu gestalten und für ihre Interessen einzustehen. Das ist nicht in Ordnung und wir werden ein Konzept erarbeiten, wie wir uns in Zukunft solidarischer aufstellen können. Wir sind sehr offen und dankbar für Feedback und Wünsche.

Palästinensische, jüdische und von Polizeigewalt betroffene Studierende sollen bei uns immer willkommen sein und Unterstützung finden. Es ist unser Anspruch, trotz Widersprüchen, für alle Studierenden da zu sein, und dafür müssen wir uns anstrengen. Das ist für uns eine der wichtigsten Schlussfolgerungen aus der Besetzung.

Quellenangaben

Al Jazeera (2023): What is Hamas's armed wing, the Qassam Brigades? Online verfügbar unter <https://www.aljazeera.com/news/2023/10/26/who-are-qassam-armed-resistance-in-gaza>, zuletzt geprüft am 29.05.2024.

Greve, Luise (2024): Pro-Palästina-Bewegung in Berlin. Differenzen bei Dreiecks-Deutung. Online verfügbar unter <https://taz.de/Pro-Palaestina-Bewegung-in-Berlin/!6012578/>, zuletzt geprüft am 29.05.2024.

Latkes*berlin (2020): Juden gendern. Online verfügbar unter <https://latkesberlin.wordpress.com/2020/10/24/juden-gendern/>, zuletzt geprüft am 29.05.2024.

The New York Times (2024): Read the I.C.J. ruling. Online verfügbar unter <https://www.nytimes.com/interactive/2024/01/26/world/middleeast/icj-gaza-provisional-ruling.html>, zuletzt geprüft am 29.05.2024.